

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abohmenpreis mit der tägl. Unterhaltungsbedeckung Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließt. Sonderlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierzehntäglich. Nr. 2.78, unter Kreisland für Deutschland und Österreich-Ungarn Nr. 5 — Ersteausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserats werden die gesetzlichen Verträge mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 56.

Dresden, Montag den 10. März 1913.

24. Jahrg.

Im Dresden wurden trotz der Zusperrung und Anordnung des Unternehmerverbandes im Maler- gewerbe von 1400 organisierten Gehilfen nur 400 ausgesperrt.

Gestern haben im Reichstaggebäude in Berlin die ent- schiedenden Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitervertretern des Baugewerbes begonnen.

Da die Kürfei ablehnt, eine Kriegserhöhung zu zahlen, ist die Aussicht auf Frieden wieder ungewisser geworden.

Nach einem mörderischen Bombardement der Festung Adrianopel bemächtigten sich die Bulgaren eines Forts.

Bei Island haben beim Untergang eines Dampfers zwanzig Menschen ihren Tod gefunden.

Der Triumph der Reaktion.

Von unserem Korrespondenten.

Paris, 8. März.

Herr Poincaré hat seine Wahlshuld der Rechten und dem Zentrum bezahlt. Er hat gewagt, was selbst der Renegat Millerand sich nicht trauen durfte. Er hat, hinter den Kulissen seiner Unverantwortlichkeit versteckt, die Wiederherstellung der großen Wehrhaftigkeit der Bevölkerung verboten, drei-jährigen Dienstzeit im Ministrat und Oberkriegsrat durchzuführen gewollt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in dieser reaktionären Sache die Initiative dem Präsidenten der Republik gehört. Die Popularität beim nationalistischen Mob ist ihm in den Kopf gestiegen. Er hat seinen Coup mit einer ungemein schnellen Geschicklichkeit durchgeführt.

Dieselben Generalstabsräte, die in der Zeit der Dreyfuswirren einstimmig gegen die handgreifliche Wahrheit, für die Kämpferin ergriffen, haben mit derselben Einstimmigkeit die absolute Notwendigkeit der Abschaffung der zweijährigen Dienstzeit gefordert. Das innerpolitische Motive hierbei entschuldigbar waren, beweist die Tatsache, daß die republikanischen Militärs sich aus entschieden gegen die Ab- schaffung äußerten. Der Militarismus ist die sicherste Rückendeckung der Jesuiten, der Nationalisten, der Monarchisten und aller anderen politischen und sozialen Reaktionären.

Die Dreyfusaffäre hat den Leuten die Waffe gewaltsam vom Gesicht gerissen. Jetzt haben sie ihre Rache. Die Reaktion triumphiert. Es gibt kein einziges steriles oder sonstwie reaktionäres Blatt, das die Abschaffung der zweijährigen Dienstzeit, die fast sicher ist, nicht als seinen Sieg feiert.

Die Reaktion hat auch die sozialistische Partei verstanden. Sie hat mit einer solchen Wucht gegen diese vollständige Regel protestiert, daß die Gegner vor Angst jeden Halt verloren haben. Als der Marcollo-Held (und seineswegs makellose Geschäftsmann), der Kriegsminister Etienne die Vorlage in der Kammer zum ersten Male einbrachte, da entstand auf den sozialistischen Bänken ein gewaltiger, noch nicht dagemeinerter Sturm. Unser Veteran, Freund Vaillant, der für seine Tätigkeit als Mitglied der Kommune zum Tode verurteilt war, trat mit Jugendkraft auf, um laut gegen die einzuhaltende Reaktion zu protestieren. Der Sturm unserer Gruppe war so gewaltig, daß der Kammerpräsident den Kopf verlor. Verlegenheit und geheimes Mitgefühl der Radikalsozialisten lähmten seine Initiative. Aber die Rechte und die Progressisten, zu denen Poincaré gehört, brüllten wie wilde Tiere.

Daß die Sache nicht ganz glatt vorstatten gehen wird, ergibt sich schon daraus, daß die Kommission, an die die Vorlage überwiesen wurde, auf das Verlangen der Sozialisten und einiger Unabhängiger gegen die Stimmen der Gemäßigten beschlossen hat, sich vor allem mit der Debattefrage zu befassen.

Die reaktionäre Presse erklärt selbstverständlich den Sozialisten den Krieg bis aufs Messer, den Krieg gegen die Partei der Ausländer. Die Radikalen wissen nicht, was anzutun. Sie suchen nach einem Vorwand, der ihnen erlauben könnte, die Sache des Volkes zu verraten, ohne dabei ihre Wähler zu verlieren. Ohne es zu wagen, die Sozialisten für den „Skandal“ in der Kammer zu tadeln, predigen sie Vorsicht, Rücksicht. Sie hoffen, daß mit Zeit auch Rat kommt. Die Reaktion aber drängt. Schon findet sie, daß die Vorlage zu viel Artikel enthält, deren Verbreitung sich in die Länge ziehen werde. Sie möchte das Volk über Rücksicht in das militärische Hoch hineinschlüpfen. Die einzigen Vorwände sind die deutsche Vorlage und der geringe Zuwachs der französischen Bevölkerung.

Wie wurde überhaupt eine solche reaktionäre Stimmung möglich? Außer der unruhigen politischen Weltlage ist auch das allmähliche Zurücktreten der republikanischen Avantgarde in Betracht zu ziehen. Seit dem Sturz Combes' und dem Ausscheiden der Sozialisten aus dem bürgerlichen Block (1906) hat sich eine stets mehr oder weniger verdeckte Reaktion der Regierung bemächtigt. Der an sich berechtigte und notwendige Felszug für den Protoproletariat, das dadurch bedingte Zusammengehen der Sozialisten mit den Gemäßigten vergistete die politische Atmosphäre, schwächte die republikanische Defensive ungemein. Die „Progressisten“, d. h. die gemäßigten Reaktionäre, haben dieses Bündnis für ihre eigenen politischen Zwecke ausgeschlachtet. Sie haben alle wichtigen Posten der

Republik — Kammerpräsident, Ministerium, Präsidium der Republik — erobert. Sie werden sich nun hüten, dem Senat, der wie früher gegen den Protoprolet bestimmt ist, den Krieg zu erklären, da der Senat eine reaktionäre Festung bildet. Wozu liegt Protoprolet, wenn sie ohne Protoprolet ihr politisches Ziel erreicht haben?

Auch Frankreich macht Wiene, für den Protoprolet eingetreten. Der schlaue Judas weiß ganz genau, daß der Senat den Protoprolet nicht annehmen wird. Er wird sich dann an die Kammer wenden und sagen: das sei nicht seine Schuld. Das Vaterland sei in Gefahr, „und wer gegen mich stimmt, stimmt gegen das Vaterland“. Die Mehrheit wird ihm wahrscheinlich folgen. Und die Reaktion wird ihr Werk fortsetzen, bis die Arbeitermassen stark und einig genug sind, der Reaktion das Handwerk zu legen.

Der Pariser Gemeinderat und die Rüstungen.

gr. Paris, 10. März.

Die heftigen Szenen, die sich am Donnerstag in der Kammer abspielten, als der Kriegsminister die Vorlage zur Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit einbrachte, haben im Pariser Gemeinderat eine Wiederholung erfahren. Die Rechte stellte den Antrag, eine Resolution einzuschaffen, durch die das Parlament aufgefordert wurde, der dreijährigen Dienstzeit so rasch wie möglich beizustimmen. Die 15 Mann starke sozialistische Fraktion protestierte sofort in der lebhaften Weise dagegen. Und Genossen auch in benigie Gelegenheit, um in einer glänzender Rede, der selbst die Reaktionäre zuhören wollten, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kennzeichnen und zu gleicher Zeit die bespiellosen Verleumdungen zu brandmarken, denen die deutsche Sozialdemokratie seit einiger Zeit ausgesetzt ist. Daburd, daß er das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen sozialistischen Partei im Vorjahr vorlas, forderte Gabin dafür, daß es nun im offiziellen Gemeinderatsbulletin erscheine. Die Rechte luden Gabin ein, dieses Dokument ebenfalls zu kennzeichnen, das ungeheurende Vorhaben der Militärs zu kenn

den Teilen nach Möglichkeit gerecht wird und verbündet, das die Bedeutung einer andern Parteigruppierung genommen wird, wie die Bewilligung der Bevölkerung.

Die Kreuzzeitung begrüßt sich aber nicht damit, wieder der Gewerbeaufsicht zugezogen. Sie ist so menschenfreundlich, daß sie dem armen Reichstanzler mit einem Vorwurf zu Hilfe kommt, dessen Verantwortlichkeit ihn von allen Körnern der Deckungsplage sicher und rasch befreien würde. Der Vorwurf der Kreuzzeitung hat allerdings nicht gerade den Beginn neu zu sein. Er ist vielmehr ein alter Bekannter aus der Zeit der Finanzreformkämpfe von 1909. Die Kreuzzeitung empfiehlt, doch die Betriebssteuer auf die Bundesstaaten umzulegen. Die Bundesstaaten könnten dann aufsehen, wie sie das Geld ausdrücken. Bei der einmal gegebenen Parteikonstellation würde sich, meint die Kreuzzeitung, zweitens in den Bundesstaaten leichter eine Einigung zwischen Regierung und Partei erzielen lassen, als im Reich. Die preußischen Junten würden sich in ihrem Dreiklassenhaus schon über eine Besitzverordnung einigen. Wie die aussiehen würde, kann man ja leicht denken.

Steuern aber, die Handels- und Industriekapitalisten treffen, werden wieder dort große Erregung verursachen. Auch die Leute werden sagen: Jetzt haben wir die einmalige Vermögenssteuer gezahlt, jetzt lohnt uns im Frieden das Ende vom Liede wird kein, daß man sich auf der mittleren Linie einer die Massen belastenden indirekten Steuer einigen wird.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung hat eine Umfrage an eine Anzahl Industriegrößen gerichtet, die sich sämtlich für die einmalige Vermögenssteuer ausgesprochen haben. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung, die ja dazu ist, den Herren Großkapitalisten zu dienen, tut so als wenn die Herren durch ihre Stellungnahme einen ganz ungeheuren Heroismus beweisen.

Das Blatt schreibt:

Es zeigt sich in den Antworten eine höchstfreudliche Begeisterung. Als das Beste, was die Reichsregierung überhaupt seit langer Zeit gebracht, wird der Gedanke der umfassenden Heeresverstärkung und der Reduzierung der Militärforderungen durch eine Abgabe der Besitzenden an einer der allerbedeutendsten Stellen besichtigt. Eine ablehnende Antwort haben wir überhaupt nicht erhalten. Das ist deshalb von ganz besonderer Bedeutung, weil die meisten der Befragten, den reichen Familien im Westen angehörig, genötigt sein werden, von ihrem Vermögen Gebrauch zu machen, manche weit über hunderttausend, ja zum Teil mehrere hunderttausend Mark abzugeben. Das ist ein beispielloses Opfer.

Da hat sich der Tintenfulli der Großkapitalisten, der in der Rheinisch-Westfälischen zu Ruh und Ruinen seines Herrn Lust und Geist verpricht, wirklich was geleistet! Als ob das, daß die Herren Großkapitalisten als einmalige Abgabe zahlten, gemessen an ihrer Leistungsfähigkeit, entfernt von die Opfer derartig, die die deutschen Proletarier seit Jahr und Tag für das Deutsche Reich bringen müssen. Ist das nicht für einen Mann mit einem Milliardenvermögen ein Pappentiel, wenn er einmal 10000 oder selbst 100000 M. hergeben muß? Was bedeutet das dogen, daß so mancher Arbeiter, mancher Beamte und kleine Gewerbetreibende darauf verzichten müßt, sich und die Seinen anständig zu ernähren, weil ihm das Reich mit seinen indirekten Steuern unerträgliche Opfer auferlegt hat? Aber umsonst wird auf dieser schönen Welt nicht so leicht etwas getan, am wenigsten von den Herren vom Großkapital.

Zum Teil werden sie ja für ihre Opferwilligkeit reichlich entlohnt werden, indem sie bei den Lieferungen, die durch die neuen Vorschriften nötig werden, recht seine Profile einnehmen. Und die anderen, bei denen das nicht der Fall ist, wollen wenigstens das eine für ihr schweres Geld haben, daß sie recht laut in die Welt hinausposaunen lassen können, wie ungeheuer opferfreudige Patrioten sie sind.

Parteianangelegenheiten.

Solidarität der italienischen Sozialisten mit der deutschen und französischen Sozialdemokratie.

Das Internationale Sozialistische Bureau in Brüssel erhielt folgenden Brief:

Die Leitung der italienischen sozialistischen Partei lobt die von der deutschen und französischen Sozialdemokratie unternommene Bekämpfung der Bourgeoisie der beiden Länder, welche die Bemächtigung der beiden Länder zu einer nicht mehr zu ergründenden Höhe herbeizuführen wünscht. Diese Verbreiterung gibt und einen herrlichen und evidenten Beweis der Überlegenheit der internationalen Proletariatsmasse. Die Leitung der italienischen Partei wünscht, daß das Brüsseler Bureau eine Kampagne beginnt, um die Sozialisten aller Länder an den Tätigkeiten der deutschen und französischen Sozialdemokratie teilnehmen zu lassen, die alle Staaten bereit sind, Deutschland und Frankreich in der Gewissensfülle zu folgen. Diese Kampagne wird, außer, daß sie die Brüderlichkeit der Arbeiter beweist, eine praktische Zeugung des Brüsseler Kongresses sein. Wir müssen verhindern, daß die Bemächtigung der Völker in dieser Weise forschreitet, gleichviel um etwa einen Krieg zu führen, oder aber um das Proletariat zu bekämpfen."

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Zum Streit auf den Flächdampfern an den Unterwasserorten.

In zwei gut besuchten Versammlungen nahmen die Maschinisten Stellung zu der bestehenden Ausperrung. In der ersten Versammlung wurde eine aus fünf Mitgliedern bestehende Verhandlungskommission gewählt. Die Anregung zu Verhandlungen wurde vom Hofminister gegeben, der in Aussicht stellte, daß die Meeder bereit seien. Am 4. März stand dann eine Ausrede mit den Meedern statt. Die Meeder lehnten es ab, einen Tarif mit dem Verband abzuschließen, sie wollten mit den Maschinisten als Gemeinschaft oder mit jedem einzelnen persönlich verhandeln. Die Kommission erklärte, nicht die Vollmacht zu haben, auf diese Bedingungen einzugehen zu können. Die Verhandlungen wurden darauf abgebrochen. Zu einer zweiten Versammlung erbotete die Kommission Bericht. Die Versammelten erklärten ihr Einverständnis mit dem Verhalten der Kommission. Die geheimer Abstimmung wurde mit 130 Stimmen die Fortführung des Kampfes beschlossen, nur 9 Stimmen waren dagegen. In einer Ansprache betonte Verbandsvorsitzender Scheffel, er habe sich offiziell zurückgezogen, um alles zu vermeiden, was die Mitglieder beeinflussen könnte; der Verband steht noch wie vor hinter den Streitenden, sie materiell und moralisch unterstützend. Da einer darauf ange nommene Resolution beigegeben war:

„Die versammelten Maschinisten lehnen es entschieden ab, unter dem Tarif des Reichsminister Maschinistenvereins zu fahren oder einzige persönliche Tarife mit den Meedern zu vereinbaren. Die Verhandlung ist der unumstößlichen Meinung, daß nur durch ein friedliches, geistiges Verhältnis Platz greifen kann, wenn der alte Tarif unter Wirkung des Verbandes zur Anerkennung gelangt.“

Die Versammlung ist feiner der Ansicht, daß bedauerlicherweise

eine Einigung mit den Meedern durch die wenig zum Frieden neigende Haltung des königlichen Hofministers des Gesamtministeriums stark beeinträchtigt wird.

Das Maschinenpersonal der Flächdampfer ist nach wie vor jederzeit zu weiteren Verhandlungen bereit, wenn die Meeder gezeigt sind, den Frieden durch Eingehen des Tarifverhältnisses wieder herzustellen, und die Kommission hat die Befugnis, in diesem Sinne weiter zu wirken.“

An das gesamte Maschinenpersonal ergibt sich nun die Aufrichterung, den Zugang nach den Unterwasserorten für die Flächdampfer freizustellen.

Soziales.

Aufhebung des Oberverbots der Telephonistinnen.

Bei der Beratung des italienischen Postbudgets hat der Postminister die Mitteilung gemacht, daß die Verwaltung das bestehende Oberverbot der Telefonistinnen demnächst aufheben werde. Die von der Kammer mit Beschluss aufgenommene Mitteilung ist das Ergebnis einer langjährigen Agitation der organisierten Telefonistinnen, die allein von alten weiblichen Angestellten des Staates und der Gemeinden nur unter Verlust ihrer Stelle heiraten konnten. Sozietät für die Telefonistinnen bestand kein Oberverbot! Eine Kommission, die die Sanitätsverhältnisse im Telephondienst prüfen sollte, hat sich für die uneingeschränkte Zulassung der Telefonistinnen aus sozialen und sozialen Gründen“ ausgesprochen. Lange genug hat es gedauert, bis man hinter diese einfache Weisheit gekommen ist.

Neues aus aller Welt.

Das Unglück von Baltimore.

London, 8. März. Der New-York Herald meldet aus Baltimore, daß bei dem Explosionsdrama über hundert Personen umgekommen sind. Von den Opfern sind bis jetzt weitere 39 Leichen geborgen. Durch umherliegende Trümmer wurde eine Anzahl im Hafen liegenden Schiffe stark beschädigt und über 150 Menschen mehr oder weniger schwer verletzt. Die Detonation war auf eine weite Entfernung hörbar; der Aufschlag der Explosion war so stark, daß in der Stadt zahlreiche Fensterscheiben zertrümmert wurden und die Bevölkerung erschreckt aus den Häusern flüchtete, weil sie ein Erdbeben befürchtete.

Eine milde bestrafte Studentenstrafe.

In der Nacht zum 5. Februar stand in Marburg ein Studentenstrafe statt, der sich gegen die Polizei richtete. Die Beamten wurden beschädigt und mishandelt. Den Höhepunkt der Ereignisse an dem mehrtausend Studenten beteiligt waren, bildete ein Vorhaben der Polizeiwache mit Pfostensteinen. Sämtliche Fensterscheiben der Wache wurden eingeschlagen, auch sind Schilderwerke in großer Zahl abgerissen worden. Dieser Tag hält sich vor dem Marburger Schlossgericht zwei Studenten wegen ihrer Teilnahme an dem Strafantrag fest; sie wurden zu 200 bzw. 50 M. Geldstrafe verurteilt. Der Vertreter der Anklagebehörde hatte für einen der Angeklagten wegen der nachgewiesenen Abelsführerschaft eine Haftstrafe von einem Monat beantragt, da sich die Exzessiven benommen hätten wie die schlimmste Bande der Großstadt wie Königsberg der schlimmste Sorge. Das milde Urteil wurde begründet mit Rücksichtnahme auf die Wirkungen des Alkohols und des sogenannten Einflusses der Massen.

Selbstmord.

Berlin, 9. März. In der vorigen Nacht spielte sich im Tiergarten eine seltsame Viehstraßagasse ab. Der 19jährige Hausdiener Neumann unterhielt mit der 21 Jahre alten Expedientin Hedwig Müller ein Viehverhältnis. Beide waren im gleichem Geschäft angestellt und als das Verhältnis in Ohren des Chefs kam, wurden beide entlassen. Sie verabredeten gemeinsam in den Tod zu gehen. Als beide am Hopfengraben im Tiergarten angelangt waren, gab der junge Mann auf den Männern einen Schuß ab, der dieser nur das Haar verletzte, aber doch zur Folge hatte, daß das Mädchen ohnmächtig wurde. Darauf erschob sich der jugendliche Viehhändler durch drei Schüsse. Das Mädchen stieß hierauf zur Polizei und machte dieser von dem Vorfall Mitteilung.

Ueberfahren.

Berlin, 9. März. Der 28 Jahre alte Leutnant Schatz von der Petrosabteilung der Militärseisenbahn hatte dienstlich auf dem in der Nähe von Lindenwalde gelegenen Bahnhof Goslarburg zu tun. Zur Rückfahrt nach Gütersloh wollte er einen Güterzug benutzen, der aber in Goslarburg nicht hält. Er wußte daher den Fahrtleiter der Station an, dem einschlägenden Zug das Halteignal zu geben. Der Lokomotivführer drehte auch den Güterzug; der Offizier versuchte jedoch, bevor noch der Zug zum Stehen gebracht war, aufzuspringen. Er stieg vom Trittbrett ab und kam auf die Schienen zu liegen, wo er überschlagen und auf der Stelle gestorben wurde. Er wurde bis auf die Rippen und auf der Brust getroffen.

Berlin, 10. März. Auf dem Ringbahnhof Wandsbeker Straße wollte Sonntag vormitig der 27jährige Blaugierer Freudentreich auf die Lokomotive eines Güterzuges springen, der eben eine Weile passierte. Dabei rutschte er vom Trittbrett ab und geriet mit dem linken Bein unter die Radsäulen der Maschine. In schwerverletztem Zustande wurde er nach dem Krankenhaus gebracht.

Verwegener Raubüberfall auf einem Postamt.

Berlin, 9. März. Die Möbelstoff-Firma Lewinski aus der Wissstraße hatte eine ihrer Angestellten beauftragt, von dem Postamt in der Spandauer Straße einen größeren Geldbetrag zu holen. Das Geld war bereits auf das Postkonto am Schalter ausgezahlt als plötzlich ein junger Mann von hinten nach dem Gehege griff und sofort das Weite suchte. Postbeamte machten sich an die Verfolgung des Diebes, der auch bald eingeholt und festgenommen werden konnte. Es handelt sich um den stellungs- und wohnungslosen Kurzbeamten Max Albrecht. Er hatte etwa 700 M. geraubt, bis er auf der Flucht vor seinen Verfolgern weggeworfen hatte. Der Betrag wurde bis auf 10 M. wiedergefunden.

Selbstmord eines Bürgermeisters.

Halle, 9. März. Aus bisher unbekannter Ursache hat sich der Bürgermeister Herzschmid in Heringen durch einen Schuß in die Schläfe getötet.

Explosion.

Effen, 9. März. Durch die Explosion der Lichterzeugungsanlage im Elektrolytwerk wurden zahlreiche Gebäude beschädigt. Menschenleben sind nicht zu beklagen, da wegen der Sonntagsruhe waren darauf abgesehen. Zu einer zweiten Versammlung erbotete die Kommission Bericht. Die Versammelten erklärten ihr Einverständnis mit dem Verhalten der Kommission. Die geheimer Abstimmung wurde mit 130 Stimmen die Fortführung des Kampfes beschlossen, nur 9 Stimmen waren dagegen.

Ein böser Scherz.

Wilhelmshaven, 9. März. Das Kreisgericht für Ausbildungsschiffe verurteilte den Torpedobootswannentrompeter von dem Kreuzer Wölfe zu drei Jahren Gefängnis. Wölfe hatte einen Matrose aufgefunden, auf ihn aus einer Waffe geschossen und schien zu töten, obwohl er wußte, daß diese geladen war. Der Matrose wurde in die Brust getroffen und starb nach zwei Tagen.

Schiffsunfälle.

Roskilde, 9. März. In schwerem Sturm scheiterte an der Südküste des Skagens der englische Flächdampfer Admiral Togo. Die aus 20 Mann bestehende Besatzung fand in den Wellen den Tod.

Genua, 9. März. Seit gestern steht heftig an der ligurischen Küste heftiger Sturm. Zahlreiche Schiffsunfälle sind zu beklagen.

Der anonyme Malibänder Weberei vor den Küsten.

Noch langen juristischen Diskussionen hat man sich doch auf-

schlossen, gegen den Unbekannten vorzugehen, der im Mai vorigen Jahres in der Passage in Mallorca einen Priester getötet und zwei Frauen schwer verunstaltet hat. Alle Versuche, die Verantwortlichkeit des Verbrechers festzustellen, sind gescheitert, so daß ein namenloses Individuum vor den Küsten steht. Der Mensch gibt an, daß ihm der Hafen gegen die Reichen die Hand geschlagen habe. Zugleich dieses Geschehens handelt es sich keineswegs um ein politisches oder soziales Verbrechen, sondern um die Tat eines Unzurechnungsfähigen, der seinem Verbrechen darüber Ausdruck gibt, daß er nicht ein größeres Blutbad angerichtet hat. Er verblüfft die von ihren Kunden gehaltenen Frauen der Größe und gibt ohne weiteres ja, daß er den getöteten Priester gar nicht kannte. Der Sachverständige der Verteidigung beantragt die lebenslängliche Internierung in einer Strafanstalt, der der Staatsanwalt schreibt, er bringt es fertig, den Angeklagten für völlig ungerechtsam zu erklären. Schließen sich die Geschworenen dieser Auffassung an, so wird das Urteil auf lebenslängliches Gutachten lautieren.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte

für den 11. März.

Wettkräfte Wind; wechselnde Bewölkung; mild; zeitweise Niederschlag.

Allgemeine Wetterlage. Das westliche Hoch, das sich gestern nach Westen aus ostwärts verschob und dadurch Aufweiterung brachte, ist ebenso schnell wie es vorherig zurückgetreten, um einem in der Ausweitung begriffenen südlichen Tief Blas zu machen. Dieser Durchwegung ist auf die Wettergestaltung nicht ohne Einfluß geblieben. Es hat sich Trübung mit leichtem Niederschlag erneut eingestellt. Dieses wechselnde Wetter, bedingt durch entsprechende Bewegung der beiden sich gegenüberstehenden Luftdruckzentren, ist auch weiter zu erwarten.

Dresdner Polizeibericht vom 10. März

Von Liebstädt dünnen zweifellos nachstehende Gegenstände heraußen, die bei einem von der Kriminalabteilung festgenommenen Mann vorgefunden wurden: 1 goldene Herrentuch, 1 goldene Damenhalskette mit vierzigem Schieber, der mit einem Opal und 4 kleinen Steinchen dekoriert ist, 1 vergoldete Damenhalskette mit 6 Steinchen in gleichmäßigen Abständen, 1 vergoldetes Kleiderarmband mit Schmetter und Sicherheitsfisch, 2 goldene, runde Manschettenknöpfe, in der Mitte 1 Stein mit einem weißen Steinchen, 1 Messingdialsleiter mit herzförmigem Anhänger, 1 goldenes Haarschiff mit 6 bogenseitig angebrachten Ketten und kleinen Augen, 1 vergoldete Brosche in Form einer Schwalbe, die im Schnabel einen Ring mit kleinem weißen Stein hält, 1 vergoldeter, rechteckiger Manschettenknopf mit Blume und Blättern zierten, 1 silberner Kreuzanhänger, 1 herrenmonturknoten mit Stahlgebläse, 2 Sicherheitsfisch, einer vermutlich Aschefisch, 2 vergoldete, längliche Anhänger. Sachliche Mitteilungen erüttet umgehend die Kriminalabteilung.

Letzte Telegramme.

Reiner Kampf zwischen Türken und Bulgaren.

Paris, 10. März. Ein Telegramm aus Sofia besagt, die Streitkräfte in Gallipoli sind mit türkischen Leichen geradezu übersät. In den letzten Tagen hat ein neuer Kampf stattgefunden. Die türkischen Soldaten formierten sich in zwei Reihen und begannen die bulgarischen Befestigungen anzugreifen, wurden aber mit großen Verlusten zurückgeschlagen. — Soviel bisher einwandfrei festgestellt wurde, verlor die türkische Armee 500 000 Gewehre und 800 Kanonen an die Verbündeten.

Griechische Befestigungen.

Athen, 10. März. Der Kronprinz hat aus Janina telegraphisch gemeldet, daß vorgestern zwei Batterien und eine Kompanie Infanterie sowie zwei Abteilungen Artillerie und eine Abteilung Kavallerie Karamythia besetzt haben. Die Einnahme von Margaritis steht bevor.

Ein Glückwunsch des Kaisers zum Tode Janinias?

Rom, 10. März. Italienische Blätter veröffentlichen eine Depesche aus Athen, wonach der Deutsche Kaiser an die Kronprinzessin Sophie von Griechenland ein in sehr warmen Worten gehaltenes Telegramm geschickt habe, in dem er seinen Glückwunsch zur Einnahme von Janina ausdrückt.

Wahlen in Spanien.

Madrid, 10. März. Gestern fanden die Wahlen der Accionäre statt, die in Madrid ohne Wahllokalen verlaufen. Einige Personen wurden verhaftet, da sie unberechtigterweise zu Wahllokalen vertraten. An den Wahlen beteiligten sich zahlreiche Mönche. Aus Bilbao wird gemeldet, daß es in verschiedenen Städten der baskischen Provinzen bei den Wahlen zu Zusammentreffen kam, bei denen mehrere Personen, darunter der Friedensrichter von Gijón, verhaftet wurden. Die Polizei beschlagnahmte mehrere Hunderte und nahm eine Anzahl von Verhaftungen vor.

Zur Lage in Argentinien.

Neuport, 10. März. Es werden neue Revolutionäraudirekte aus dem Norden und Süden Argentiniens gemeldet. Huerta macht bekannt, daß seine Truppen im Coahuila einen Sieg erzielt hätten. Zwischen Huerta und Diaz besteht angeblich jüngst erste Differenzen, weil Huerta erst die Wahlen ausschreiben will, wenn das Land völlig pacifistisch ist, was lange Zeit währen mag.

Auch Japan rückt.

Tokio, 10. März. Wie die Zeitung Asahi-Schimbun erhält, ist ein Plan des Admirals Tatsuro für die Vermeidung des Flottensturms angenommen worden, der von der Voraussetzung einer gegnerischen Flotte von 21 Schlachtschiffen ausgeht. Der Plan sieht zunächst den Bau von drei Dreadnoughts des höchsten Typs und einen späteren Bau von acht Dreadnoughts, vier Schlachtkreuzern, acht Scouts und 4

der jungen Leute verlassen das Elternhaus, um in die Lehre zu treten, um einen Beruf zu erlernen, der sie später ernähren soll. Nicht nur den Vorschriften ergeht es so, auch die Mädchen sind gezwungen, sich nach einer Existenz umzusehen, sich um einen Beruf zu kümmern, sei es ein Dienstverhältnis, sei es in der Nähschule, sei es in der Fabrik oder sonstwo. Die Schule entlässt die jungen Leute nicht als vollständig vorbereitet für all das nun zu Beginnende, sie sind noch unschuldige Menschenkinder. Die Zäsure nach dem Austritt aus der Schule müssen von den jungen Leuten ausgemüht werden, um zu gewinnen, was die Schule nicht gab und unter den heutigen Verhältnissen auch nicht geben konnte. Von den jungen Leuten wird verlangt, sich auf eigene Rücksicht zu stellen, selbstständig zu werden; die Sinne und Körperfähigkeit müssen weiter gepflegt, gefüllt und ausgebildet werden. Dieses Neubergangsstadium von den Kindertagen zu den Lehrjahren und zu dem Junglings- und Jungfrauenalter darf weder von der Jugend selbst noch von den Eltern noch von den Personen, die die jungen Leute angeführt bekommen, leicht hingenommen werden. Viele verschiedenartige Kreise und Korporationen treten an die Schulklasse heran, um sie in ihren Wissenskreis zu ziehen, je es die Geistlichkeit, je es abermals die Lehrer, je es Personen aus Kreisen, die sich sonst nicht um die Jugend kümmerten, folglich auch nicht berufen sind, die Jugend für das bevorstehende Lebensstadium zu erziehen, ihr Hinweise und Anleitung zu geben, was doch für beide Geschlechter so überaus wichtig ist, um eine gesetzte Weltanschauung, um Moralität im Denken und Handeln, um Kampfesfreudigkeit und Weg- und Zielsicherheit zu erlangen.

Deshalb hat die Arbeiterschaft es sich angelegen sein lassen, die Jugend zu sammeln zu gemeinsamer erster Arbeit. Die nun der Schule entwachsenen Arbeiterschüler sollen sich bei den Veranstaltungen für die Arbeiterjugend einfinden, sie sollen sich ihren älteren Jugendfreunden und Jugendfreundinnen anschließen, um mit diesen fortzuführen, was von der Arbeiterschaft begonnen wurde, um sie auf den Weg zu bringen und dem Ziele näher zu führen, das die Gedanken und Herzen von Millionen von Arbeitern bewegt. Die Arbeitereltern dürfen nicht verschämen, ihre Kinder dorthin zu lassen, wo sich die Arbeiterjugend sammelt, wo sie sich einfinden zu Vorträgen, zu Wanderungen, zu unterhaltsamen Abenden, lust und gut: zu Veranstaltungen aller Art, so weit es nach Mitten und Zeiterhältlichkeiten in der Stadt der angestellten Arbeiterschaft selbst liegt und angezeigt erscheint. Einmal dienen die Zusammenkünfte für die Arbeiterjugend der geistigen und fisiellen Ausbildung, zum anderen ist in den Arbeiterturnvereinen den jungen Leuten Gelegenheit geboten, nach des Tages Lust und Wöhnen durch Leibesübungen den Körper zu stärken. Sind Jungen und Mädchen durch ihre Tätigkeit, sei es in der Fabrik, sei es auf dem Land, sei es im Kontor, sei es im Dienstverhältnis oder in der Wasch- und Nähschule, gewohnt, mit ihren Standes- und Altersgenossen und den älteren Arbeitern zusammen zu sein und Freud und Leid zu teilen, so sollen sie es sich erstmals angelegen sein lassen, auch bei den der Belehrung, der Erziehung, der Geselligkeit dienenden Zusammenkünften mit Freunden und Freindinnen, mit Arbeitsgenossen sich zu treffen und Freundschaft zu pflegen. Nicht ungehört soll die Arbeiterjugend, sollen die Arbeitereltern, Väter und Mütter, diejenigen Appell lassen, alle sollen sie kommen, die jungen Leute, die berufen sind, gute, edle und hilfreiche Menschen zu werden.

Bestimmungen über die Arbeitsbücher.

Minderjährige gewerbliche Arbeiter beiderlei Geschlechts dürfen nur dann beschäftigt werden, wenn sie mit einem Arbeitsbuch versehen sind. Zur Führung eines Arbeitsbuches sind nicht verpflichtet: Hausjöchte und Hausmädchen, die bei ihren Eltern und sie diese, und zwar nicht gegen Lohn oder sonstige Vergütung, mit gewerblichen Arbeiten beschäftigt sind; Personen, die in einem Gemeindeserviceverhältnis stehen; mit gewöhnlichen, auch außerhalb des Gewerbes vor kommenden Arbeiten beschäftigte Togelohner und Hendorbeiter; Personen, die als Angestellte in gewerblichen Betriebsstätten beschäftigt werden, soweit sie nicht zu den Betriebsbeamten, Betriebsleitern und Technikern gehören. Die Arbeitgeber haben bei Beginn des Arbeitsverhältnisses das Arbeitsbuch einzufordern und sind verpflichtet, es zu verneinern, auf amtliches Verlangen vorzulegen und nach rechtmäßiger Löfung des Arbeitsverhältnisses an den ehemaligen Vater, die zur geistlichen Vertretung berechtigte Mutter oder an den Vormund des minderjährigen Arbeiters, sofern dieser es verlangt oder der Arbeiter das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, auszuhändigen; die Aushändigung kann in leichterem Falle auch an die zur geistlichen Vertretung nicht berechtigte Mutter oder einen sonstigen Angehörigen des Arbeiters, oder an ihn selbst erfolgen, wenn die Gemeindebehörde des Ortes, an dem er zuletzt seinen dauernden Aufenthalt gehabt hat oder zuerst im Deutschen Reich in Arbeit getreten ist, die Genehmigung dazu erteilt hat. Bei dem Eintritt des Arbeiters in das Arbeitsverhältnis haben die Arbeitgeber im Arbeitsbuch die Zeit des Eintritts und die Art der Beschäftigung, bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Zeit des Austritts und, wenn die Verdächtigung Verhinderungen erfahren hat, die Art der letzten Verdächtigung des Arbeiters einzutragen. Die Eintragungen sind mit Tinte zu bewirken und von den Arbeitgebern oder den dazu beauftragten Betriebsleitern, von diesen mit einem das Vollmachtsverhältnis ausdrückenden Zulage zu unterschriften; sie dürfen nicht mit einem Wertmal versehen sein, welches den Inhaber des Buches günstig oder nachteilig zu kennzeichnen bezweckt; auch sind Eintragungen eines Urteils über die Führung oder die Leistungen des Arbeiters und sonstige nicht auf Geheil beruhende Vermerke in oder an dem Arbeitsbuch unzulässig.

Überfallen und verantw.

wurde in der Nacht zum Sonnabend ein Dresdner Kaufmann auf dem Tempelhofer Feld in Berlin. Es wird darüber berichtet: Auf der Insellstation Tempelhofer Ufer wurde gegen Nacht der aus Dresden zugereiste 27-jährige Kaufmann Ludwig Sponholz mit einer schweren Bauchverletzung eingeliefert. Er war mit einer Frauensperson auf das Tempelhofer Feld gegangen und dort von einem unbekannten Mann überfallen und dort von einem unbekannten Mann überfallen und vollständig ausgeraubt worden. Sponholz hatte zwei Stiche in die linke untere Bauchhöhle erhalten. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde er in die Königliche Klinik gebracht. Seit zwei Tagen hielt sich der Kaufmann Sponholz, der in Dresden ein Geschäft betreibt, in Geschäftsanlegenhkeiten in Berlin auf. Die Ermittlungen nach dem Ur-

heber des Attentats sind von der Kriminalpolizei sofort eingeleitet worden. Als Täter wird der Sohn der Frauensperson vermutet. — Das Dresdner Adreßbuch führt zwei Kaufleute mit Namen Sponholz auf, der eine wohnt Schandauer Straße 18, der andre Arnoldstraße 81.

Über die Todesursachen im Jahre 1912 in Dresden sind folgende Angaben von Interesse. Es führten zum Tode 40 Fälle Kindheitstod, 84 Scharlach, 19 Masern und Röteln, 139 Diphtherie und Krupp, 70 Reußblut, 15 Typhus, 1054 Tuberkulose, 890 Krankheiten der übrigen Atmungorgane, 306 Darmkatarrh, Treibdurst, darunter 266 Fälle bei Kindern unter 1 Jahr, 332 gewaltsamer Tod durch Unfälle und Selbstmord, und schließlich in 4400 Fällen alle übrigen Todesursachen. Nach einer Übersicht des Kirchenamtes starben im Jahre 1906 in Dresden 240 an Auszehrung, 4 am Brande, 4 am Durchlauf, 3 an Gelbsucht, 2 an Leibesschläden, 33 an Scharlachfieber, 666 an Stichfluss, 21 an Wasserrach, 11 im Wochenbett, 228 an Blattern, 4 an Pestizitiden, 228 an Entzündung, 94 an Gedächtnis, 2 an Malarien, 157 am Schlaganfall, 14 an Schwämme, 50 an Jähmeln, 7 als Selbstmord (gegen 186 im Jahre 1912), 4 am Blutsturz, 21 an Brustwasserrach, 31 an Fieber, 29 an Krämpfen, 70 an Nervenfieber, 182 an Säuglingen, 16 an Pestkopft.

Preßgesindel nannten wir fürstlich eine gewisse Sorte von Zeitungen vom Schlag eines kleinen Wochenblättchens, das jetzt lang und breit auf diese Zeitung reagiert und dabei den hämischsten Beweis für die Nichtigkeit unserer Meinung erbringt. Davon nehmen wir Notiz. Im übrigen stören uns die Ohnmachtsanfälle eines derartigen Winselflächchens gar nicht.

Die beiden ständigen Sanitätswachen (Wallstraße 14 und Marschallstraße 8) wurden im vergangenen Monat von 289 Personen in Anspruch genommen, und zwar 224 mal bei Tage und 65 mal bei Nacht. Von den Hilfsliegenden (190 männlichen und 99 weiblichen Personen) verlangten 220 die Hilfe auf den Bädern und 69 anderwärts. 236 wurden wegen äußerer Verletzungen und 63 wegen innerer Erkrankungen behandelt. Betriebsunfälle waren 145 zu verzeichnen.

Einen Lichtbildvortrag veranstaltet der Sachsenische Bergsteiger-Verein am Mittwoch den 12. März, abends 19 Uhr, im Odeum, Cornistraße. Herr Oberpostassistent W. Kröhl wird sprechen über Erfahrungen im Erzgebirge, Riesengebirge, Norwegen, Schweiz, Tirol. Gäste sind willkommen. Alles Rätere ist auch in der Geschäftsstelle des Bundes, Poststraße 16, zu ersuchen.

Verloren wurde am vorigen Donnerstag gegen Mittag vom Arsenal bis Görlitzer Straße ein 2 Meter langes und 80 Centimeter breites dunkelgrünes Stück Koblenzleder, das während der Fahrt von einem Transport-Automobil gefallen ist. Der Finder soll es gegen gute Belohnung im Kundsbureau der Polizeidirektion abgeben.

Arbeiterrisiko. Der Wagenläufer Gustav Paul Hartwig wurde am Sonnabend in der Mittelhalle des hiesigen Hauptbahnhofs beim Verschicken überfahren und dabei am rechten Fuße schwer verletzt.

Vermischte Nachrichten. Eine Störung im Straßenbahnbahnhof verfehlt der Linien 19 und 21 entstand am Sonnabend abend. Auf der Schandauer Straße ist die Pflasterung, mit gewöhnlichen Arbeiten beschäftigt sind; Personen, die in einem Gemeindeserviceverhältnis stehen; mit gewöhnlichen, auch außerhalb des Gewerbes vor kommenden Arbeiten beschäftigte Togelohner und Hendorbeiter; Personen, die als Angestellte in gewerblichen Betriebsstätten beschäftigt werden, soweit sie nicht zu den Betriebsbeamten, Betriebsleitern und Technikern gehören. Die Arbeitgeber haben bei Beginn des Arbeitsverhältnisses das Arbeitsbuch einzufordern und sind verpflichtet, es zu verneinern, auf amtliches Verlangen vorzulegen und nach rechtmäßiger Löfung des Arbeitsverhältnisses an den ehemaligen Vater, die zur geistlichen Vertretung berechtigte Mutter oder an den Vormund des minderjährigen Arbeiters, sofern dieser es verlangt oder der Arbeiter das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, auszuhändigen; die Aushändigung kann in leichterem Falle auch an die zur geistlichen Vertretung nicht berechtigte Mutter oder einen sonstigen Angehörigen des Arbeiters, oder an ihn selbst erfolgen, wenn die Gemeindebehörde des Ortes, an dem er zuletzt seinen dauernden Aufenthalt gehabt hat oder zuerst im Deutschen Reich in Arbeit getreten ist, die Genehmigung dazu erteilt hat. Bei dem Eintritt des Arbeiters in das Arbeitsverhältnis haben die Arbeitgeber im Arbeitsbuch die Zeit des Eintritts und die Art der Beschäftigung, bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Zeit des Austritts und, wenn die Verdächtigung Verhinderungen erfahren hat, die Art der letzten Verdächtigung des Arbeiters einzutragen. Die Eintragungen sind mit Tinte zu bewirken und von den Arbeitgebern oder den dazu beauftragten Betriebsleitern, von diesen mit einem das Vollmachtsverhältnis ausdrückenden Zulage zu unterschriften; sie dürfen nicht mit einem Wertmal versehen sein, welches den Inhaber des Buches günstig oder nachteilig zu kennzeichnen bezweckt; auch sind Eintragungen eines Urteils über die Führung oder die Leistungen des Arbeiters und sonstige nicht auf Geheil beruhende Vermerke in oder an dem Arbeitsbuch unzulässig.

Zinare Reußstadt. Für die Genossinnen findet Mittwoch den 12. März, abends 9 Uhr, im Jugendheim, Oppellstraße 12, ein Diskussionsabend statt. Es wird ein Vortrag gehalten, auch finden Neuwahlen statt. Es ist also Pflicht jeder Genossin dort zu erscheinen.

Die Kinderfürsorge-Pieschen-Trachenberge. veranstaltet morgen Dienstag einen Ausflug, aber nur bei günstiger Witterung. Proviant ist mitzubringen. Treffpunkt 17.30 Uhr bei Frau Berger, Rückertstraße 20.

5. Kreis. Der Diskussionsabend für die Genossinnen findet im Volkshaus abends 9 Uhr statt.

6. Kreis. Morgen Dienstag, abends 9 Uhr. Sitzung der Kinderfürsorgekommission im Jugendheim Löbau, Poststr. 15. Aller Erscheinen ist Pflicht.

Aus der Umgebung.

Oberlaasdorf. In Nr. 28 der Weißeritz-Zeitung halten die Deutschen Turner es für ihre patriotische Pflicht, ein Siegesgeschrei über die angebliche Niederlage der hiesigen Arbeiterschaft anzutunnen. Vollständige Marke ist allerdings geschaffen worden, aber in den Reihen der Arbeiterschaft. Der Plan ging nicht nur von sozialdemokratischer Seite aus, sondern auch von älteren Mitgliedern des Turnvereins, die innerlich schon lange mit der Deutschen Turnerschaft verbündet waren. Daß der Kampf um das Vermögen und die Freiheit geführt wurde, glaubt der Arbeitsschreiber wohl selber nicht, aber es war der Popanz, mit dem man den bürgerlichen Herren und indifferenten Arbeitern vor dem roten Gepfeist graulich machte. Der ehrliche Kampf der Arbeiterschaft ging nur um die Turnhalle. Den statutenwidrigen Ausschluß der drei Mitglieder mußte man erst vollziehen, um die Deutsche Turnerschaft zu retten. Unterstreichen kann man nur die Bemerkung: "mit Ausbildung aller Kräfte". Denn man hatte sich sogar an die Militärbehörde gewendet und um Urlaub nachgesucht für angebliche Mitglieder, die ihrer Militärpflicht genügen; dieser wurde auch in einem Halle gewährt. (1) Wie weit es mit der großen Begeisterung her war, beweist wohl am besten, daß man sich noch der Versammlung an "Wölfe im Schafspelze" veranmaßte, um sie wieder in den Verein aufzunehmen. Der hiesigen Arbeiterschaft ist es ratsam, den Auspruch eines Herrn zu befolgen: "Ihr Arbeiter gründet euch doch selber einen Verein." Jeder Arbeiter sollte auf diesen Auspruch hin dem Verein den Rücken lehnen, der schon infolge des demonstrativen Austritts den

Ramen Turnverein nicht mehr verdient, weil ihm seit heute Turner mehr angehören.

In der letzten Gemeinderatsitzung wählte man 6 von 9 abgegebenen Stimmen zum Gemeindevorstand. Auf Herrn Gustav Weinholt fiel 1 Stimme, 2 Stimmen erzielten Stimmenthaltung. Die Wahl machte sich nötig, weil Herr Gemeindevorstand Hermann Böhme sein Amt für den 31. März wegen anhaltender Krankheit gekündigt hat.

Gesfehde. Dienstag den 11. März, abends 19 Uhr, findet in Notes Restaurant, Talstraße, untere Obergeschoss statt. Die Genossen und Genossinnen von Gesfehde und Obermartha werden erwartet, in dieser Versammlung rechtzeitig zu erscheinen. Es stehen wichtige Angelegenheiten zur Beratung.

Nadeau. Zu der letzten öffentlichen Gemeinderatsitzung nahmen fünf Jäger teil. Das Kollegium nahm Amtsamt von folgenden Wählern: Bestätigung des Herrn Heinz Hammel zum Direktor der 2. Bezirksschule, dessen Einweihung am 1. April erfolgen soll; von der Wahl des Herrn Lehrer Hammel in den neuen Lehrer an der 2. Bezirksschule. — Eine Reihe weniger wichtige Abstimmungen wurden nach den Vorschlägen des Bauausschusses genehmigt bzw. erledigt. — Die Vergabeung der neu zu erreichenden Seewesengrundstücke soll in einem öffentlichen Weißwurstfest am 4. April erfolgen; die übrigen anschließenden der Gemeinde abgegebenen Seewesengrundstücke, die noch bis Ende dieses Jahres verpachtet sind, sollen gleichzeitig weiter verpachtet werden, aber auf 3 Jahre, damit ein gleichzeitiges Ablauen der Pachtverträge erfolgt. — Die vom Belehrungsausschuß vorgeschlagenen Änderungen in der Straßenbeleuchtung und verschiedene Anschaffungen wurden genehmigt. — Die Ausdauerungsmauer, die sich infolge Abnutzung des Herrn Gemeindeleutes Hesse nötig machen, wurden entsprechend den Vorschlägen des Verfassungsausschusses vorgenommen. Es wurden durch Zuschuß und einstimmig gewählt in den Verfassungsausschuß Herr Gößling, in den Elektrohauptverband als neuer Vertreter für den eingeschrittenen Vertreter Herrn Knappe, Herr Kloppe und in den Wasserwerbausschuß, an Stelle des ausgetretenen Mitgliedes eingeschrittenen Herrn Grenzel, Herr Röß als Vertreter. — Vom Verfassungsausschuß ist in Sachen des Schanzenprojektes gefügt, dass Herr Adam für das Grundstück 18 festgestellt worden, daß die von Herrn Adam über den Herrn Gemeindevorstand in der Sache vertriebenen Änderungen nach dem Ablauf vollständig unrichtig sind. Der Ausschuss schlägt vor, die Bedürfnisfrage zu verneinen im Einblatt auf die in der Nähe des genannten Grundstückes in genügender Anzahl vorhandenen älteren Schanzenstätten. Die geheime Abstimmung ergab 9 Stimmen für Bejahung und 8 Stimmen für Verneinung der Bedürfnisfrage bei einer Stimmenabstimmung. Das genannte Einblatt lag zum 15. Male vor. (D. V.) — Die Satzung für den zu gründenden Gemeindeverband für die Errichtung einer Gewerbeschule wurde mit einigen vorgeschlagenen geringfügigen Änderungen bestätigt. — Dem Verein Kinderheim für Neu- und Altstadt-Dresden wurde ein Beitrag von 30 Mark bewilligt. — Das Geblüd um eine Hilfe für ein Friedrich-Eckard-Denkmal in Leipzig wurde abgelehnt. — Die Gemeindeschulverordnung für 1911 wurde nach Richtstellung einiger feiner Wörter richtig gelesen. Dabei wurde beschlossen, grundsätzlich den Herrn Gemeindevorstand und den Herrn Raumsektorhaber zu ermächtigen, über notwendige Ausgaben, wenn Inventar in Frage kommt, bis zum Betrage von 50 M. für den einzelnen Fall selbstständig verfügen zu können. Für Gewerbe zum Zwecke der Errichtung von Untergeschoß (Räumen usw.) sollen in Zukunft keine Gebühren, in den übrigen Räumen über 50 M. gefordert werden. — 20 Drillprüfung für die Feuerwehr I wurden bewilligt. — Zu dem Geblüd des Herrn Schmidt, Albertstraße 22, um Erlaubnis zum Verkauf von Grannenwein in unbestraftem Umfang wurde die Bedürfnisfrage bejaht. — Gegen Genehmigung des Geblüd des Herrn Böhme um Wiedereinführung der Stommerschen Konzession zum Grannenweinhandel wurden Einwendungen nicht erhoben. — Es folgte noch eine geheime Sitzung.

Soziales.

Erhöhung städtischer Zuschüsse für soziale Zwecke.

In der Frankfurter Stadtvertreter-Versammlung wurden bei der fortgesetzten Beratung des Staats für 1913 auf Antrag des Schulausschusses, für den der Sogelbremkrautdopf berichtete, eine Reihe städtischer Subventionen zur Förderung gemeinnütziger Bestrebungen erhöht. Der Verein zur Bekämpfung der Schwindfuchtsgefahr erhält fünftig statt 5000 M. 8000 M. und der Verband für Säuglingsfürsorge erstmals 6000 M. Die Subvention für den Verein für Kinderorte wurde von 37500 M. auf 42000 M. erhöht und die für den Verein zur Beschaffung von Kleidstück für arme Kinder von 15000 M. auf 20000 M. Besonders beachtenswert ist die Erhöhung des Postens für Kinderfürsorge in den Ferien von 500 M. auf 2000 M. Dieser Beschluß ist die Folge eines früheren Beschlusses des Stadtparlaments, der, auf sozialdemokratische Initiative zurückführend, eine Neuregelung der Kinderfürsorge (Ferienpaziergänge) verlangt. Dem Ausschuss für Volksbildung, dem fast sämtliche Gewerbeangestellten angehören, wurde anstatt 18000 Mark ein Zuschuß von 20000 M. bewilligt. Der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung erhält erstmals 500 M. Der Arbeiter-Abstinentenbund wurde von 300 M. gewährt, allerdings erst nach einer langen Debatte, in der sich der Führer der Frankfurter Möglichkeitsbewegung, der national-liberale Stadtvertreter Professor Tommershausen, gegen die Bewilligung wandte, da der Arbeiter-Abstinentenbund ein sozialdemokratischer sei. Daß sich ein Wirt, der Hochstiftlicher soll, gegen jede Bewilligung von Zuschüssen an Abstinentenvereine aussprach, ist ja weiter nicht verwunderlich, beschämend ist aber die Stellungnahme des national-liberalen Abstinenten, der aus lauter Stoßfällen den Zuschuß an den Arbeiter-Abstinentenverein ablehnte. Die große Mehrheit der Stadtvertreter-Versammlung ließ sich aber durch diese Einwände nicht beeintragen, sie wollte keinen Unterschied zwischen "bürgerlicher" und sozialdemokratischer Abstinenz machen, sie erkannte das gute Wirken des Arbeiter-Abstinentenbundes an und bewilligte die 300 M. Der Magistrat durfte diesem Beschluß auch beitreten.

Wetterbericht von der Wetterstation an der Friederich-August-Brücke vom 10. März, mittags 12 Uhr.

Barometer 760. Schön Wetter.

Thermometer +5° C.

Thermometergraph: Min. +4°, Max. +8°.

Hygrometer 68%.

Wasserstand — 66 Centimeter.

Gesinnungsgenossen! Werbt für eure Volks-Zeitung!

Reichstag.

12. Sitzung, Sonnabend, den 8. März 1913, vermitteilt 11 Uhr.
Im Bunde dem Reichstag: Dr. Goll.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des Staatsvertrages.

Abg. Haase (Sos.):

Nunmehr meiner Freiheit erlaubt ich, daß wie gewünscht unserer Punkt zum Gesamtklub auch den vorliegenden Geschenkbrief abnehmen. Das hindert uns aber nicht, die entschiedenste Kritik daran zu üben, daß die Erörterung nicht bis Osten zu Ende geführt werden ist. (Lachen rechts.) Die Behauptung, daß die sogenannte Piedmontese im Nachdruck daran schuld sei, wird gleich widerlegt durch die Tatsache, daß uns von der Budgetkommission bis zum vorigen Abend der Verhandlungstisch überhaupt nicht zugegangen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Also die Verantwortung trifft die Regierung, die den Reichstag trotz unseres Protests erst spät im Herbst einberufen hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ganz frei von Gold und Spesen ist allerdings auch der Reichstag nicht, der vor Weihnachten viel zu früh in die Ferien gegangen ist. Die Erfahrung beweist, daß im Mai kaum eine andere Zeit mehr vorhanden ist, weiterzutragen, und daß dann der Nationalversammlung Petitionen und Vorlagen, die für das Volk bestehen, einfach unter den Tisch fallen. Der Reichstag wäre geschlossen oder verlegt. Das in seinen Grundlagen völlig vertretene Tatzenpfeß bedarf dringend einer Umgestaltung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), um die Abgeordneten auch über den Palast hinaus zusammenzuhalten. Wir erwarten ferner, daß der Reichstag in Zukunft im Herbst einberufen und ihm sofort der Staat verliegt wird. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schröder (Pof.): Nach Abstimmung der Ölmarktenfrage darf die Regierung schlußendlich den Beamten, die auch nicht auf Grund des Staatsvertrages zählen. Kurzum bei den Sozialdemokraten: Richtigkeit nicht! Wenn kein Widerdruck von irgendwelcher Seite erfolgt, darf ich dies wohl als Meinung des ganzen Reichstags feststellen.

Damit schließt die Diskussion. Das Gesetz wird angenommen.

Es folgt der Entwurf für Strafstrafe.

Eine Resolution der Kommission verlangt einen Nachtragsetat mit ausreichenden Mitteln zur Förderung der Baumwollkulturland in den Schutzbereichen.

Abg. Krämer (Sos.):

Die Baumwollfrage hat zu Angriffen gegen meine Partei geführt, dabei ist unser Standpunkt, der gleichzeitig entfernt von Eigentumsverlust und Nebertyzung, der einzige richtige. Herr Gräberger möchte die Eingeborenen daran gewöhnt haben, nicht mehr im Adamssystem herumzulaufen, um den Absatz an Textilwaren dort zu vergroßen. Diese Ausführungen berührten sehr kühnig bei einem Vertreter der Sozial- und Steuerungs-politik, die die Arbeiter in unserem eigenen Lande ihre Kinder immer schlechter leben läßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie bringen der Baumwollkulturland Sympathie entgegen und wollen gern die Nutzen der Eingeborenen fördern. Diese verächtliche Kolonialpolitik haben wir immer empfohlen, die in den Eingeborenen den wertvollsten Werk der Kolonien sieht, und haben seit der Desperadospolitik gewarnt, die zu der Ausrottung der Eingeborenen geführt hat. Das sind wir doch 100% begeistert. Für die Baumwollkulturland sind die Eingeborenenplantagen weit wertvoller als die Plantagen. Kommt es doch vor, daß Leute solche Plantagen gründen, die von Bandwirtschaft keine Rücksicht haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch haben die Plantagen der Eingeborenen weit weniger Erfolg als die großen Plantagen. Diese verhängnisvolle Baumwollplantagen rückt auf Kosten der deutschen Steuerzahler zu retten, lehnen wir erstaunlich ab. Von Herrn v. Liebert haben wir ja gehört, wie solche Gründungen mit Hilfe von Schindelproprietäten gestützt kommen. Das mußt zur Vorstellung. Noch keine die Baumwollproduktion in Amerika enorm gezeigt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da ist eine Illusion, daß wir mit unserer kolonialen Baumwolle jemals die Weltmarktpreise werden bestimmen können. Da die Eingeborenen genügsamer sind als die bürdenbehafteten Plantagenbesitzer, werden sie auch bei sinkenden Preisen den Betrieb aufrecht erhalten können, während die Plantagengesellschaften sofort nach Staatshilfe, nach Schutz der nationalen Arbeit schreien werden. Die Regierung nimmt weiter anstreben, wie es die Resolution will, müssen wir nicht mit. Kommt eine Vorlage, so werden wir sie tragen. Nun hat die Erörterung ausgesprochen, daß der deutsche Zolltarifverband dem kolonialwirtschaftlichen Komitee Mittel zur Erhöhung des Baumwollkulturland zur Verfügung stellt. Dieses Komitee dient doch nur kapitalistischen Interessen, die Gelder des Zolltarifverbandes aber sind von den Arbeitern aufgebracht worden, um ihre eigenen fruchtigen Verhältnisse im Deutschen Reich zu verbessern. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schäffer (S.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zur Resolution. Die Verantwortung für unsere Wirtschaftspolitik, die der Vorredner uns zum Vorwurf macht, tragen wir gern. Würden die Hände auf Textilwaren ausgehoben, so wäre das Elend unter den Lederarbeitern noch größer, denn gerade die Textilwaren sind in erster Linie auf den inneren Markt angewiesen. (Beifall im Saal.)

Abg. Dr. Paasche (Sp.): Wenn man bei der Frage der Baumwollkulturland von kapitalistischer Ausbeutung sprechen will, muß man doch auch an Amerika denken, denn wir bereits mit 400 Millionen jährlich tributpflichtig sind. Wird die Baumwollkulturland in Amerika noch ausgebaut, so wird auch die Textilindustrie sehr traurig. Deshalb liegt es auch im herdrohenden Interesse der Arbeit, daß die Baumwollkulturland in unseren Kolonien gefordert wird. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Wachsmann (Sp.): Ich tritt für die Schiffsbarmachung des Russischen ein.

Staatssekretär Dr. Goll: Der Unterlauf des Russen ist bereits fertig, weitere Mittel zu einer Schiffsbarmachung sind ausgeschöpft.

Abg. Dr. Krebs (Sp.): In der Frage der Baumwollkulturland in unseren Kolonien sollten Parteigenossen nicht mischielen. Das eigene Monopol der Amerikaner ist zweifellos die beste Grundlage für Exportationsabschließungen. Deshalb ist es gerade die untere Arbeit sehr wichtig, daß in unseren Kolonien die Baumwollplantagen so stark wie möglich gefordert werden. Schließlich werden wohl auch die Sozialdemokraten ihren Kampf gegen Windmühlenkrieg aufgeben.

Abg. Krämer (Sos.):

Die Sozialdemokraten treten durchaus für die Baumwollkulturland der Eingeborenen ein; die Resolution aber lehnen wir ab, weil wir keine Garantie haben, daß die darin verlangten Mittel auch wirklich dieser Baumwollkulturland dienen sollen.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution wird angenommen, die gleichen zwei Resolutionen der Kommission, von denen sich die eine gegen den Arbeitszwang für die Eingeborenen ausspricht, und die andere im nächsten Etat größere Mittel zum Bau und zur Unterhaltung von Hospitälern für die Eingeborenen fordert.

Abg. Dr. Paasche (Sp.): Natürlich fordern wir den Alkohol den Leuten abzugeben. Die alkoholischen Gewohnheiten sind nicht nur durch die Europäer nach Ostafrika gekommen, sondern die

Eingeborenen haben von Jahr ihre eigenen alkoholischen Gewohnheiten.

Der Entwurf des Gesetzes wird angenommen.

Es folgt der

Entwurf für Kamerun.

Hierzu liegt eine Resolution der Budgetkommission vor, die für Neu-Kamerun die Errichtung von Eingeborenenreservaten und die Sicherung der Handelsfreiheit deutscher Kaufleute fordert.

Abg. Dr. Brabants (Wp.): Neu-Kamerun ist ja nicht gerade ein Paradies, aber die ungünstige Meinung, die zur Zeit des Mattoff-Abkommen allgemein verbreitet war, ist nicht zutreffend. Wir müssen das Land, das wir einmal haben, ausschließen. Der Schwertruppe sowie dem Major Domini und dem Gouverneur v. Kamerun, die für die Errichtung Kameruns sehr viel getan haben, gebührt unser Dank. Das Erde, für das so viele deutsche Brüder ihr Leben gelassen haben, wollen wir neu bewahren und einer glücklichen Entwicklung entgegenziehen. (Beifall bei den Bürgerlichen Parteien.)

Abg. Dr. Baasche (Wp.): Ich dankte dem Vorredner für seine warmen Worte. Dr. Weiß hat gestern aus den Verhandlungen der französischen Konzessionsgesellschaften mit der Gesellschaft Süd-Kamerun den Schluß gezogen, die Regierung und Dr. Semler bestätigen die Konzessionsgesellschaften. Dabei hat doch seine Partei einen Zweifel darüber gelassen, daß sie die Konzessionsgesellschaften für die Süd-Kamerun ansehen, die wir in Neu-Kamerun mit übernommen haben. Es ist auch ganz unzulässig, einem Abgeordneten, wie Dr. Weiß es getan hat, seine Täglichkeit in seinem Vertriebsberuf zum Vorwurf zu machen. Dr. Semler hat an den Verhandlungen als Advokat teilgenommen. Wenn in den Seiten eines jeden der Konzessionsgesellschaften ein Zusatzverein für die Süd-Kamerun eingeschlossen ist, der die Süd-Kamerun mit übernommen haben, so ist das etwas, dem sich niemand von uns entziehen kann. Er hat nur sein gutes Recht ausübt, indem er als Abgeordneter bei den Verhandlungen Kritik erläuterte. — Dem Vorredner über Neu-Kamerun kann ich nicht ganz zustimmen, aber jedenfalls müssen wir weiter arbeiten und versuchen, das Land, das wir nun einmal haben, zu erschließen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Dr. Goll: Ich habe Herrn Dr. Weiß gern hören nicht geantwortet, weil ich im Zweifel war, ob dies nicht vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes geschehen würde. Ich habe mich inzwischen mit Herrn v. Jagow in Verbindung gesetzt und wir sind übereingekommen, daß ich die Antwort gebe. Herr Dr. Weiß hat in seiner soeben präparierten Rede folgende Thesen aufgestellt: zunächst die, daß das Konzessionsrecht schlecht ist. Das ist die Aufgabe aller Parteien im Hause, und auch die Regierung hat niemals hinter dem Berge damit gehalten, daß es auch ihre Aufgabe ist. Wir haben auch die berechtigte Hoffnung, daß die Konzessionsgesellschaften in Neu-Kamerun den Weg gehen werden, wie in Süd-Kamerun, daß die großen Konzessionsgesellschaften zusammenzuschließen und gemeinsame Eigentumsrechte zu geben werden. Die zweite These war, die Neu-Kameruner Gesellschaften haben das Land im Interesse weniger Kapitalistisch aufzubauen und verwüstet. In bezug hierauf muß ich den Gesellschaften die Hauptverantwortung überlassen. Halls die Gesellschaften uns ein solches Gesicht zeigen werden, haben wir Mittel und Wege, das nicht aufzummen zu lassen, wie haben die Kongos, die haben unsere Gesetze und wir haben die Kongos, die haben unsere Gesetze und wir haben die Gesellschaften selbst. Sie können sich darauf verlassen, daß wir die Gesellschaften ganz genau kontrollieren werden. Deshalb bin ich auch mit den letzten Zügen für Dr. Weiß nicht einverstanden, nämlich, daß wir die Gesellschaften Neu-Kamerun mit allen Mitteln bekämpfen müssen. Kein, befähigen kann ich die Gesellschaften nicht, daran hindert mich die Bergbauteile gegen Frankreich, wohl aber kann und werde ich sie kontrollieren. Herr Dr. Weiß meint darüber, daß die Regierung alles tun werde, um die Konzessionsgesellschaften nicht zu stören, und beruft sich darauf, daß kurz vor der Erwerbung des Reichsstaates von der Ländern in Gemeinschaft mit Dr. Semler Maßnahmen getroffen habe, um die Konzessionsgesellschaften zu stören. Ganz im Gegenteil müssen wir Herrn Dr. Semler für seine dabei entfaltete Tätigkeit dankbar sein. Es bestanden Grenzschwierigkeiten zwischen der Süd-Kameruner Gesellschaft und der großen Konzessionsgesellschaft in Neu-Kamerun. Da lag es doch sehrverständlich im Interesse unserer Verwaltung, daß wir bei diesen unheiligen Grenzstreitigkeiten es nicht mit Verhandlungen von Regierung zu Regierung zu tun hatten, und es war deshalb sehr erfreulich, daß Herr Dr. Semler sich in den Dienst dieser Verhandlungen zwischen den Gesellschaften gestellt hat. Daß der Reichsstaat v. d. Ländern dabei private Interessen verfolgt hat, muß ich ebenso zurückweisen, wie der Abg. Semler für seine Person. Weiter hat der Abg. Weiß ausgeführt, es sei eine Verbindung zwischen der Afrika-Sanga-Gesellschaft und der Companie Forestière im Verden begriffen. Davor ist uns nichts bekannt und ich halte es auch nicht für möglich, daß diese beiden Gesellschaften sich vereinigen. Sollten sie es doch, so bin ich nicht in der Lage, dagegen etwas zu tun. Auf seine Ausführungen in bezug auf die Stärkung der Stellung der Besitzergreifungs-Unterstützung hat Herr Semler schon geantwortet, und das Haus hat die Tatsache mit Freuden aufgenommen, daß vom 1. April ab mit 5 französischen Dampfer v. Dampfer mit deutscher Flagge den Kongos hinunterfahren werden. Der Gesellschaft ist kein Monopol gegeben, sondern es ist lediglich von ihr die Erfüllung gewisser Pflichten verlangt worden. Ich sehe also nicht, daß derweilen Voraussetzung ist, daß die Regierung Konzessionsgesellschaften hat stören wollen. Was den Bahnhau über Dualah hinaus nach dem Kongo anlangt, von dem die Companie Forestière angeblich großen Vorteil zu ziehen soll, so wird zu Zeit, wenn dieser Bericht fertig sein wird, von dieser großen Gesellschaft nur ein ganz kleiner Prozentsatz noch überwiegend sein. Die Bahn soll auch durchaus nicht den Zweck der Gesellschaft dienen, sondern sie soll dem Berufe von Westen nach Osten Neu- und Alt-Kamerun erschließen. Es ist dann gefordert worden, es sollte Handelsfreiheit eingezogen werden. Ich habe schon der Kommission angefragt, daß das geschehen soll, sowohl es noch nicht der Fall ist. Die bestehenden Konzessionsgesellschaften müssen wie natürlich respektieren. (Beifall)

Abg. Dr. Weiß (Wp.): Es ist eigenartig, daß gerade der Herr Vorredner in so starke Weise gegen französische Konzessionsgesellschaften Stellung nimmt. Herrn Semler kann man nicht zum Vorwurf machen, daß von ausländischen Gesellschaften keine Eigenschaft als Referent des Kolonialstaats ins Feld geführt werden ist.

Abg. Lebebour (Sos.):

Herr Semler leidet nicht an einer bedauerlichen Karriere.

Blindheit auf dem Gebiete der politischen Moral. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Professor Roempf ruft den Aufruhr, er leidet auch an einer bedauerlichen Gießdämmerschwäche, wenn er es so darstellt, als ob wir ihn ganz plötzlich wegen dieser Dinge angriffen. Die Angelegenheit hat uns vielleicht seit Jahren und unmittelbar jetzt in der Budgetkommission beschäftigt. Herr Semler ergänzt, Erzberger u. a. hätten ihm gesagt, er könne das ruhig tun. Von Erzberger haben wir ihm gehört, daß er ihm ganz etwas anderes gezeigt hat, nämlich, er habe das mit seinem Gewissen abgemacht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Genosse Singer und ich haben schonheimer verlangt, daß Dr. Semler bei der Beratung der Kolonialfragen auf der Budgetkommission aussteigen solle: ein Aufführungsratsmitglied einer Kolonialgesellschaft gehört ihm als Rechtseinhaber nicht hin. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dr. Semler hat es so darzustellen gesucht, als ob wir seine Berufstätigkeiten angegriffen hätten und gemeint, wie könnten doch nicht alle Journalisten, Schauspieler oder sozialdemokratische Abgeordnete sein. Unter uns ist auch kein gewisser Schauspieler, wenn er aber den Schauspielberuf disreditieren will, so mögen sich die Schauspieler und ebenso die Journalisten mit ihm darüber auseinander setzen. Nicht genannt hat er einen unter meinen Freunden hier vertretenen Beruf, den der Rechtsanwalt, denn er selber angeht. Ich halte diesen Beruf für ebenso anstandig, wie eines Journalisten und Schauspielers. Aber jeder Rechtsanwalt unter meinen Freunden wurde sagen, ich würde mich in den Gang meines Sohnes schämen, wenn ich als Rechtsanwalt eine solche Aufführungspolitik hier im Reichstage trieb wie Dr. Semler. (Schäfische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Aufruhr „Aufführungspolitik“ standt übrigens von Herrn v. Goll, der über die Aufführungspolitik in der nationalliberalen Partei sprach. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wie diese Dinge, die das Ansehen des Dr. Semler nicht beeinträchtigen, hier wieder zur Sprache bringen, so deshalb, weil es in der Sitzung der Budgetkommission für den von einer Bahnlinie bis zu dem Hafen, den wir durch das Marokoabkommen erhalten haben, mit der Motivierung eingetragen ist, der Verkehr vom oberen Kongos könnte endurch abgesangt und durch das deutsche Gebiet geleitet werden. Ich habe das Wiederholung dieser Motivierung dargelegt. Eine Wirkung hätte der von Semler befürwortete Bahnbus allerdings gehabt: die Bahn hätte das Gebiet der Süd-Kameruner Gesellschaft durchschritten und so der Gesellschaft einen wohlen Vorteil gebracht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Semler hat offen unter unrichtigen Behauptungen eine Bahnlinie empfohlen, die die Gesellschaft, die er als Aufführungsrat angehört, wirtschaftlich fördern

Abg. Dr. Weiß (Sos.):

Ich bin nicht erstaunt darüber, daß der Herr Staatssekretär theoretisch meinen Ausführungen über die Bedeutung der Konzessionsgesellschaften und die Notwendigkeit, ihnen Einfluß einzudämmen, zustimmt, weil bereits in früheren Dokumenten der Regierung eine ganz entsprechende Auffassung betont worden ist. Ich halte es deshalb auch nicht für eine ganz besonders erfreuliche und überraschende Errscheinung, wenn wir von dem Herrn Staatssekretär erfahren, daß mit Hilfe der Kongoskolonie ein Auschreitungen der Konzessionsgesellschaften zurückgeworfen werden können.

Das ist mir selbstverständlich. Aber ich habe schon gestern Wert darauf gelegt, daß die theoretische Einsichtlosigkeit zum Kampfe gegen den vorliegenden Einfluß und die Wirkung der Konzessionsgesellschaften widerlegt ist nicht nur in der Denkschrift der Regierung selbst, sondern auch in ihrer Stellung, die sie in der Vergangenheit und in der Gegenwart zu Konzessionsgesellschaften eingenommen hat. Ich habe ganz unbürokratische Beweise dafür beigebracht, daß die Taten der Regierung mit ihrer theoretischen Antipathie gegen die Gesellschaften in Widerspruch stehen. Es ist mir auch nicht eingefallen, dem Vorredner jetzt v. d. Ländern gegenübert zu sitzen oder nur anzuhören, als hätte er persönliche Interessen bei den Verhandlungen über die Bahn von Dualah nach dem Kongos versteckt. Was mich interessiert, war der Hinweis, daß von diesen Verhandlungen, deren Erfolg ich nicht darum gehandelt, die Stärkung der Konzessionsgesellschaften ein mache, der Beauftragte der deutschen Regierung in Paris aktiv daran Anteil genommen hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In diesem Zusammenhang hat der Staatssekretär dem Abg. Dr. Semler noch seinen besonderen Dank ausgesprochen, daß dieser sich so rege — ich hätte beinahe den Ausdruck erwartet — so un-eigenmäßigt (Herr! hört! bei den Sozialdemokraten) daran beteiligt hatte. Es hat sich aber nicht darum gehandelt, wie aus den Ausführungen des Staatssekretärs angenommen werden könnte. Schwierigkeiten aus dem Ausland zu räumen, denen die deutsche Regierung begegnet wäre im Augenblick der Bewertung jenes Gebietes. Diese Verhandlungen haben so lange vorliegen, seitdem sie von dieser Bewertung überhaupt die Rede war. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich vielmehr um keine Privatgeschäfte, die mit irgendeiner Abseits der deutschen Regierung, politische Schwierigkeiten aus dem Ausland zu räumen, nicht das mindeste zu tun hatten. (Hört! hört! Und da meinen wir, ist es nicht Sach des Reichsstaates v. d. Ländern in Paris, an solchen Unterhandlungen teilzunehmen, die darauf hinauslaufen müssen, die Konzessionsgesellschaften zu stören und einschlägigen Teilnehmern die Täglichkeit zu führen. Es hat sich also nicht etwa um eine vaterländische Tat des Dr. Semler gehandelt. Der Auslandspolitiker des Temps, André Tardieu, der der Hauptredakteur der Afrika-Sanga und der Gesellschaftsredakteur des Dr. Semler ist (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), hat die Stärkung der Konzessionsgesellschaften selber zugesehen. (Hört! hört!) Als die Regierung mit aller Energie die Gesellschaften zwingen, ihre Verpflichtungen vollständig zu erfüllen. Von dem Dr. Semler braucht es keine Befreiung der Gesellschaften der Gesellschaften, also vor idealem Gemeinschaften, halte ich für absolut unmöglich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe ja übrigens auch den Dr. Semler gar nicht das Recht bestritten, in Fragen, die ihm persönlich interessieren, hier aufzutreten. Es wird sicher auch im Zukunft für den Reichstag von großem Interesse sein, aus dem Mund des Herrn Dr. Semler zu erfahren, was die Zukunft des Reichstags für die Gesellschaften, die in unserer Kolonialgesellschaft eine bestimmte Rolle spielen, aussehen wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Weiß (Wp.): Es ist eigenartig, daß gerade der Herr Vorredner in so starke Weise gegen französische Konzessionsgesellschaften Stellung nimmt. Herrn Semler kann man nicht zum Vorwurf machen, daß von ausländischen Gesellschaften keine Eigenschaft als Referent des Kolonialstaats ins Feld geführt werden ist.

Abg. Lebebour (Sos.):

Herr Semler leidet nicht an einer bedauerlichen Karriere.

Blindheit auf dem Gebiete der politischen Moral. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Professor Roempf ruft den Aufruhr, er leidet auch an einer bedauerlichen Gießdämmerschwäche, wenn er es so darstellt, als ob wir wir ihm ganz plötzlich wegen dieser Dinge angriffen. Die Angelegenheit hat uns vielleicht seit Jahren und unmittelbar jetzt in der Budgetkommission beschäftigt. Herr Semler ergänzt,

Erzberger u. a. hätten ihm gesagt, er könne das ruhig tun. Von Erzberger haben wir ihm gehört, daß er ihm ganz etwas anderes gezeigt hat, nämlich, er habe das mit seinem Gewissen abgemacht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Genosse Singer und ich haben schonheimer verlangt, daß Dr. Semler bei der Beratung der Kolonialfragen auf der Budgetkommission aussteigen solle: ein Aufführungsratsmitglied einer Kolonialgesellschaft gehört ihm als Rechtseinhaber nicht hin. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dr. Semler hat es so darzustellen gesucht, als ob wir seine Berufstätigkeiten angegriffen hätten und gemeint, wie könnten doch nicht alle Journalisten, Schauspieler oder sozialdemokratische Abgeordnete sein. Unter uns ist auch kein gewisser Schauspieler, wenn er aber den Schauspielberuf disreditieren will, so mögen sich die Schauspieler und ebenso die Journalisten mit ihm darüber auseinander setzen. Nicht genannt hat er einen unter meinen Freunden hier vertretenen Beruf, den der Rechtsanwalt, denn er selber angeht. Ich halte diesen Beruf für ebenso anstandig, wie eines Journalisten und Schauspielers.

würde. Er sucht also keine Stellung als Abgeordneter zu Machzregeln auszunehmen, die seiner Gesellschaft zugute kommen. Das bestreut sich nicht mit unseren Begriffen von politischer Moral. Einem sozialdemokratischen Stellvertreter steht man nicht als Vorsitzender förmlich entgegen. Wir werden die Haltung Semlers bei jeder Gelegenheit an den Pranger stellen, und diese Aufsichtsratspolitik mit Hilfe der öffentlichen Meinung im Reichstag unmöglich machen. (Abgeklatsch Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kommt schließlich die Diskussion. Die Resolution der Kommission wird angenommen, ebenso der Stot für Togo.

Stot für Südwestafrika.

Legt eine Resolution der Kommission vor, im nächsten Stot die Südwirtschaft zu verlängern. Eine zweite Resolution will, daß in Zukunft die Kosten für Vandewielzel und Schützgruppe einschließlich nach einem festausgehenden Verhältnis auf Steidt und Schützgebiete verteilt werden. Eine dritte Resolution verlangt, die nach Amerikan verhanteten Potentaten in ihre Heimat zurückzuführen zu lassen und dort ihren früheren Lebensgewohnheiten gemäß anzustellen.

Abg. Dr. Quessel (Sos.):

Dr. Sos. wollte sich auf einen Artikel von mir in den „Sozialistischen Monatshften“ nicht beziehen, um mir, wie er sagte, nicht zu schaden. Ich bedauere das, denn diese Aufführung hätte nicht mir, sondern ihm gehabt. Ich führe darin aus, daß bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts hinein der landwirtschaftliche Großbetrieb in den Kolonien überall zur Verflüssigung der Eingeborenen geführt hat. Damit müssen wir uns abfinden, sage ich, wenn die tropischen Produkte anders nicht zu erhalten wären. Ich beweise dann aber gerade, daß das nicht nötig ist, und daß in der tropischen Landwirtschaft der Kleinbetrieb sehr leistungsfähig ist. Ich bin mit meinem Verteilungsprinzip vollständig einverstanden in der Beurteilung der Eingeborenen- und Plantagenpolitik. Zwischen uns bestehen nur Meinungsverschiedenheiten über die Möglichkeit einer kolonialpolitischen. Denke beurteilt sie pessimistisch, ich sie mehr optimistisch. Auf die Diamanten ist die Zukunft Südwestafrikas sicher nicht zu gründen; aber vielleicht kann die Erholung der Kolonie werden. Freilich, wenn wir die Erfahrung der Briten für Südwestafrikas Fleisch heranziehen, liegt die koloniale Verschärfung des Abholzungsarbeits Lette zum Abschluß hinzu. (Sehr wohl bei den Sozialdemokraten.) Bis der Schrei der Rot durch ganz Deutschland läute, riet Graf Sonn in den Plankungen, die sich nach dem großen England zu verlaufen. Zuhörerstolz hat also das deutsche Volk ungeheuer Lopfer gebracht, damit die Engländer billiges Fleisch bekommen. (Sehr wohl bei den Sozialdemokraten.) Ein Krebsfieber sind die Heimsteuerabnahmen, die unseres Stot unerhört belasten. Da bei hat Deutsch-Südwirtschaft ein Klima, das auch den Nord-europäischen dauernden Käfigkeit erlaubt. Das Klima ist durchaus gefahrhaft; nur die Beamten scheinen andere Meinung zu sein, und die Regierungsbürokratie befürchtet ihnen prompt die Krankheit. Die Urlaube kosten riesige Summen. So hat Herr Dr. Gundmann allein 20.000 R. Reisekosten erhalten. Dagegen sind die Löwen der Arbeiter in Deutsch-Südw. für die Leidenschaft dort äußerst niedrig. Hartige Rohrdrücker, Raaffer, werden von den armenen

Gesellschaften beangesehen, um die weichen Arbeiter zurückzudrängen. Noch ein Wort zur Eingeborenentrage. Die Tat des 18-jährigen Reges, der ein fünfjähriges Mädchen vergewaltigt hat, verurteilen wir selbstverständlich auf das schärfste. Nun soll aber, veranlaßt durch den Drosselhof, der verantwortlich aussieht, Gouverneur Seitz das Urteil loslassen haben und der Reges zum Tode verurteilt worden sein. Sollte dies Urteil vollstreckt worden sein, so wäre das ein Akt der schändlichsten Unchristlichkeit, der noch dadurch empört würde, daß er sich in die Formen des Rechts gesteckt hätte. (Sehr wohl bei den Sozialdemokraten.) Nedner verlangt alljährliche Tätigkeitsberichte der Eingeborenenkommission. Den überlebenden Herren soll man gehoffen werden. Die Herren, die einer grausamen Ausrottungsstrategie zum Opfer gefallen sind, gehören zu den intelligentesten und beständigen Regen. Wenn wir als Kulturstarvöl vor dem Menschen der Geschichte bestehen wollen, dürfen wir nicht ruhig zusehen, wie die letzten Reste der unserer Obhut angesetzten Völkerstoten in ihrer Heimat zurückzuführen zu lassen und dort ihren früheren Lebensgewohnheiten gemäß anzustellen.

Gouverneur Dr. Seitz: Ich habe das erste Urteil gegen den Reges nicht bestätigt, weil die erste Verhandlung keine genügende Klarheit über den Tatbestand gab. Der Fall hat sich bei einer weiteren Untersuchung als viel schwerer herausgestellt. Das Vorbrinell habe ich dann in gebührende Verhandlungen eingewandelt. Die billigsten Tagelöhne in Windhuk sind 10 Pf. für ungelernte Arbeiter, sie gelehrte 15 Pf. bis 20 Pf. (Hörst hört rechts.) Die weissen Arbeiter haben dort ein Bankett haben. Zugleich nichts davon, daß Hartlige als Rohrdrücker auftreten; dafür sind sie viel zu teuer. Bei den nach Namibia verhanteten Potentaten kommt es doch nicht um einen Sturm, sondern um besonders gefährliche Zeuge. Wenn sie das Klima absolut nicht vertragen, bleibt nichts übrig, als sie wieder nach Südw. zurückzuschicken und sie dort möglichst gut zu verwahren. (Brandt redet.)

Abg. Hoch (Sos.): Die Versprechungen die der Staatssekretär im vorigen Jahre in der Diamantensache abgegeben, hat er zum größten Teile erfüllt. Bei neuen Verträgen können wir Berücksichtigung des deutschen Diamantenhandsels und der deutschen Diamantindustrie verlangen. Das hat der Staatssekretär auch zugesandt. Über den Weg gehen die Anhänger freilich auseinander. Die Regierung will die alte Schablone des Syndikats und der Liebesgaben anwenden. Damit könnte man vielleicht eine nicht leistungsfähige Industrie fördern, nicht aber eine so leistungsfähige wie die deutsche Diamantenschleiferin. Diese braucht nur die Lieferung guter Steine. Der Staatssekretär sollte auch die Arbeiter hören, bevor er von soviel macht. Dann wird das Kolonialamt auch nicht so plausibel vom Syndikat gefälscht werden können wie früher. So wurde behauptet, den deutschen Schleifern möge vor allem die belgische Handelskonkurrenz — eine ganz unwohle Hauptung, denn nicht sie, sondern Amsterdam ist für unsere Diamantenschleifer wahrscheinlich.

Staatssekretär Dr. Solz: Wir haben bei den neuen Abkommen für die Arbeiter ebenso gesorgt wie für den Handel. Wir haben ja auch die Schleiferschule in Hanau eröffnet. Aber wie können das Syndikat nicht zwingen, den Schleifern Preis zu geben.

Abg. Hoch (Sos.):
Die Hochschule für Schleifer in Hanau ist auf unsere Weise, überhaupt die Gründung der Schule, was erreicht ist, die Erbildung der Professoren, überhaupt die Gründung des deutschen Diamantenhandsels, ist nur erreicht worden auf Grund unserer Anstrengungen und der unserer Sachverständigen.

Abg. Quessel (Sos.):

Die weißen Arbeiter im Südwestafrika verlangen nicht den Rückzug der Farbigen von der Arbeit, sondern protestieren darüber, daß die grünen Gesellschaften landesweise Raaffer als Soldaten-Todesurteil gegen den Reges nochmals revidiert hat, so getreidt ihm das zur Ehre.

Der Stot wird bewilligt.

Beim Stot für

Neu-Guinea

tritt

Abg. Schöpflin (Sos.):
für den Schuh der Vorabteilung ein, die aus schändlicher Gewerbspraxis gegen die Eingeborenen infolge des rücksichtlosen Vertrags werden abgeschlossen und neu verfaßt. Der Staatssekretär darf sich entsprechend für das Verbot des Abschiebens der Personen ausgeschlagen. Wie erwarten über, daß er sich nicht bei den Sozialdemokraten?

Niederschau.

Abg. Dr. Hirsch (Sp.): betont die Bedeutung des Deutschen Reiches in Niederschau für den Einfluß Deutschlands auf China.

Staatssekretär v. Tirpitz erläutert Einzelheiten der in Niederschau geplanten Bahnhäfen.

Abg. Schöpflin (Sos.):

Die von der Kommission vorgeschlagene Erhöhung der Bezahlung halten wir nicht für notwendig. Sie könnte höchstens zu Konflikten führen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Der Stot wird nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Damit ist die Tagessordnung erschöpft.

Präsident Dr. Stoeckl weiß in einer Ansprache auf die Bedeutung der bevorstehenden Jahrhunderthitze hin, die der Gefangenabteilung von Stein und Dardenberg, der inneren Befreiung des Volkes und dem ersten Aufstandes des deutschen Gebäudens gründet. Das Deutsche Reich seierte zusammen mit dem preußischen Volk die Gedächtnisse an den großen Beginn der staatlichen Erneuerung an den ersten Volksaufstand in Deutschland. (Weißall.)

Schluss der Sitzung 7½ Uhr.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 2. April. (Antrag über auf Beschränkung der Familienfeindkommission.)

Sehr vorteilhaftes Angebot!

Voller fetter Spez.	1 Pf. 92
bei 5 Pf. 90 Pf.	
Feinste Braunschweiger Rotwurst, 1 Pf. 68	
bei 5 Pf. 65 Pf.	
Gulkoehende weiße Bohnen	10 Pf. 150 Pf.
Gulkoehende grohe Linsen	10 Pf. 150 Pf.
Gulkoehende gelbe Victoria-Erbse, 10 Pf. 150 Pf.	
Gulkoehende grüne Erbsen	10 Pf. 150 Pf.
Feinste weiße neue Ringäpfel	1 Pf. 40
bei 5 Pf. 38 Pf.	
Sehr schöne Ringäpfel, vorleste Ernte, 1 Pf. 28	
bei 5 Pf. 25 Pf.	
Allerbeste getrocknete Aprikosen, 1 Pf. 65	
bei 5 Pf. 62 Pf.	
Allerbeste getrocknete Pfirsiche	1 Pf. 50
bei 5 Pf. 48 Pf.	
Blumen, ganze Frucht, 1 Dose = 2 Pf. 45 Pf.	
Blumen, halbe Frucht, 1 Dose = 2 Pf. 50 Pf.	
Feinste Preiselbeeren) mit Zucker eingekocht ausgewogen 1 Pf. 35 Pf.	
Feinste Heidelbeeren) ausgewogen	
bei 5 Pf. 30 Pf.	
Sehr feiner Kaffee, garantiert rein, 1 Pf. 65	
bei 5 Pf. 62 Pf.	
Feinster Schweizerkäse	1 Pf. 98
bei 5 Pf. 95 Pf.	
Prima Limburgerkäse	1 Pf. 50
bei 5 Pf. 48 Pf.	
bei 10 Pf. 45 Pf.	
Feinste Altenburger Ziegenkäse	1 Pf. 55 Pf.

F. E. Krüger
Webergasse 18

Telephon 1912. [L 1019]
Freier Versand nach allen Stadtteilen.

JASMATZI-DUBEC

die altbekannte



Cigarette
Echt nur in der ges. gesch. Packung mit jedem Tabakblatt!

Georg A. Jasmatzi A.G. Dresden
Größte deutsche Cigaretten-Fabrik

Heiser-

feit, kaufen u. b. Lindenman durch Schokoladen-Gerings edle Sanftsa-Bonbons, 1 Pf. 25 Pf. Probebeutel 10 Pf.

Fahrräder

1 Jahr Garantie [A 18] ohne Gummi 32, 34 u. 36 R. mit Gummi 39, 45, 50-150 R.

Damenräder 50-135 R.

neu, 1,50, 1,75, 2,25

Mäntel, 2,00 u. 2,50 m. Gr. 37, 4,50 bis 11.- R.

Debirsreifen, 2,50, 4,50, 5,50

Schlüsse, 1,15, m. Gr. 1,15

Cellaternen, 0,65, 1,20 bis 7,75 R.

Mäntelat, 1,25, 2 bis 10 R.

Behale, Paar 1,80, 1,80 bis 5,- R.

Luftkupfern, 0,65, 0,65 bis 1,75 R.

Kupfuren, 0,65, 1 bis 11 R.

Gepäckträger, 0,65, 0,65 bis 5 R.

Budinde, 0,45, 0,75, 1 bis 5 R.

Wetterdäntel, 0,85 bis 13 R.

Lenkstangen, 1,50, 2 bis 5 R.

Nese f. Dameräder, 0,25 bis 2,75 R.

Glocken, 0,15, 0,30, 0,40, 1 bis 1,50

Retten, 1,85, 1,80 bis 8,25 R.

Kofschüller, Paar 0,60 bis 1,50 R.

Fahrradschänder, 0,40 bis 1 R.

Prima Starb, kg 0,60 u. 40 Pf.

Reit-Hinterstab, 12, 15, 17 R.

Ersatzteile für Astoria, Rock, Columbus- u. Torpedofeddau.

Stirn Wettinerstr. 49 Ziegelstr. 10.

Büfets

von 75 gr. an.

Gediegene Arbeit.

Größe Wahl.

Tränker Möbelhaus

Stadtteil 21/25.

Ich muss reden

in meinem Berufe. Darum fahre ich das bewußte Sammeln-Hausen-Bonben-Schokoladen-Hering statt bei mir.

+ Damen +

empf. Dose Spülapparat, Mutter-spritzen, Hygien. Frauenartikel

Frau Heusinger

• • • am See 27 • • •

oder Tippoldi-Werber Wien

Kleian's Lebartran-Emulsion

Möbel

Genossen Hildebrand

weil dort infolge Ersparnis der riesigen Ladene- und Lager-

nielen der Großstadt bedeutend billiger.

Permanentes Lager in Polster- u. Tischler-

Möbeln, Stühlen, Spiegeln usw. usw.

Pachtgeld wird verkehrt.

Lieferung frei ins Haus.

Mehrjährige Garantie.

Eigenen Tapizererwerkstätten.

Reisszeuge

Reissbretter, Schienen, Winkel

überhaupt alle Zeichengeräte empfehlen

Grünberg & Co.,

Dresden-L. Kreuzstraße 6, neues

